

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Sören Bartol, Martin Burkert,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/1060 –**

### **Mobilität nachhaltig gestalten – Erfolgreichen Ansatz der integrierten Verkehrspolitik fortentwickeln**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem die Bundesregierung auffordern soll, den bereits unter der rot-grünen Bundesregierung angestoßenen Prozess zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts für eine integrierte Verkehrspolitik konsequent fortzuführen und stetig weiterzuentwickeln; ein entsprechendes Gesamtkonzept für eine integrierte Verkehrspolitik vorzulegen, welches die in dem Antrag genannten Ansätze vertieft und fortentwickelt; der zentralen Rolle des Ausbaus und der Optimierung des umweltfreundlichen Verkehrsträgers Schiene innerhalb eines integrierten Ansatzes gerecht zu werden; die Attraktivität des Schienenverkehrs in Deutschland zu erhöhen; einen Masterplan Personenverkehr zu erarbeiten; den Kombinierten Verkehr als zentralen Baustein einer integrierten Verkehrspolitik weiter auf hohem Niveau zu fördern; auf europäischer Ebene im Sinne einer größeren Transparenz auf ein realistisches Konzept zur Berechnung der externen Kosten zu drängen; die Rahmenbedingungen im Schienenpersonenverkehr so zu verbessern, dass die Transportkette der öffentlichen Verkehre entscheidend gestärkt wird und ein Wechsel des Verkehrsträgers mit einer Fahrkarte sowohl am Abfahrtsort als auch am Zielort ohne weiteres möglich ist; die Umsetzung der Maßnahmen des Masterplans Güterverkehr und Logistik als Ausdruck einer integrierten Verkehrspolitik weiter mit Nachdruck voranzutreiben; ein Konzept für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden vorzulegen, das dem Investitionsbedarf in die ÖPNV-Infrastruktur gerecht wird und technologische und ökologische Innovationen unterstützt und die Wettbewerbsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr und die Gestaltungsspielräume der Kommunen so auszugestalten, dass die Daseinsvorsorge und eine bezahlbare Nahverkehrsversorgung erfüllt wird und die Struktur von kleinen und mittelständischen Verkehrsanbietern erhalten bleibt.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/1060 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2010

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Winfried Hermann**  
Vorsitzender

**Steffen Bilger**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Steffen Bilger

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1060** in seiner 34. Sitzung am 25. März 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den bereits unter der rot-grünen Bundesregierung angestoßenen Prozess zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts für eine integrierte Verkehrspolitik konsequent fortzuführen und stetig weiterzuentwickeln; ein entsprechendes Gesamtkonzept für eine integrierte Verkehrspolitik vorzulegen, welches die in dem Antrag genannten Ansätze vertieft und fortentwickelt; der zentralen Rolle des Ausbaus und der Optimierung des umweltfreundlichen Verkehrsträgers Schiene innerhalb eines integrierten Ansatzes gerecht zu werden; die Attraktivität des Schienenverkehrs in Deutschland zu erhöhen; einen Masterplan Personenverkehr zu erarbeiten; den Kombinierten Verkehr als zentralen Baustein einer integrierten Verkehrspolitik weiter auf hohem Niveau zu fördern; auf europäischer Ebene im Sinne einer größeren Transparenz auf ein realistisches Konzept zur Berechnung der externen Kosten zu drängen; die Rahmenbedingungen im Schienenpersonenverkehr so zu verbessern, dass die Transportkette der öffentlichen Verkehre entscheidend gestärkt wird und ein Wechsel des Verkehrsträgers mit einer Fahrkarte sowohl am Abfahrtsort als auch am Zielort ohne weiteres möglich ist; die Umsetzung der Maßnahmen des Masterplans Güterverkehr und Logistik als Ausdruck einer integrierten Verkehrspolitik weiter mit Nachdruck voranzutreiben; ein Konzept für die Förderung des ÖPNV in Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden vorzulegen, das dem Investitionsbedarf in die ÖPNV-Infrastruktur gerecht wird und technologische und ökologische Innovationen unterstützt und die Wettbewerbsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr und die Gestaltungsspielräume der Kommunen so auszugestalten, dass die Daseinsvorsorge und eine bezahlbare Nahverkehrsversorgung erfüllt wird und die Struktur von kleinen und mittelständischen Verkehrsanbietern erhalten bleibt.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/1060 in seiner 14. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/1060 in seiner 13. Sitzung am 9. Juni 2010 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, das Ziel, dass Mobilität bezahlbar bleibe, könne man am besten durch eine Stärkung des Wettbewerbs im Verkehrsbereich sowie durch neue Antriebstechnologien und umweltfreundliche Kraftstoffe gewährleisten. Sie kritisierte, dass der Antrag der Fraktion der SPD eine Verhinderung von Verkehren anstrebe; insbesondere habe er Einschränkungen im Bereich des Straßenverkehrs zum Ziel. Man solle zwar dort, wo es möglich sei, Verkehre auf Schienen- und Wasserwege verlagern, dürfe dabei aber die einzelnen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen. Sie bedauerte, dass sich der Antrag nicht mit dem Thema Elektromobilität befasse.

Die **Fraktion der SPD** kündigte an, dass sie sich in einem weiteren Antrag mit dem Thema Elektromobilität auseinandersetze. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP kündigten mit ihren Plänen das bisherige integrierte Verkehrskonzept und dessen Finanzierungsgrundlagen auf. Die aktuellen Sparbeschlüsse ließen im Verkehrsbereich be-

fürchten, dass künftig wesentliche Finanzierungsbeiträge für die Verkehrsträger fehlen könnten. Sie forderte dazu auf, durch eine solche Politik nicht das zu gefährden, was man in der Vergangenheit im Verkehrswesen aufgebaut habe.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, es sei befremdlich, dass die Fraktion der SPD den in dem Antrag enthaltenen Forderungskatalog aufstelle, nachdem sie bis Herbst 2009 über elf Jahre den Verkehrsminister gestellt habe. Der Antrag beinhalte einen Denkfehler, wenn er davon ausgehe, dass eine klare und transparente Neuordnung der Finanzbeziehungen der Verkehrsträger Auswirkungen auf die Frage habe, ob man eine integrierte Verkehrspolitik verfolge. Beides habe nichts miteinander zu tun.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat die Auffassung, der Antrag enthalte wichtige Forderungen, gehe aber von einer Weiterentwicklung des bisherigen Ansatzes der Verkehrspolitik aus. Sie halte indessen einen grundlegenden Wandel in der Verkehrspolitik für notwendig. Falsch sei es, auf Lenkungsfunktionen und ein Konzept, welches Prioritäten setze, zu verzichten und lediglich auf eine Steuerung durch den Wettbewerb zu bauen, wie dies bei den Koalitionsfraktionen der Fall sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die Forderungen, welche die SPD-Fraktion in ihrem Antrag stelle, hätte sie bereits umsetzen können, als sie an der Regierung beteiligt gewesen sei. Dies habe sie aber unterlassen, was die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit des Antrags in Frage stelle. Sie kritisierte, dass das Thema E-Mobilität in dem Antrag überhaupt nicht angesprochen werde, was aus ihrer Sicht aber ein wesentlicher Punkt in einem Gesamtverkehrskonzept sei.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1060.

Berlin, den 9. Juni 2010

**Steffen Bilger**  
Berichterstatter





